

Der Streit um J. M. Keynes' Theorie

Wilhelm Lautenbach, 1937

Erstveröffentlicht 1937 in *Die Bank*.

John Maynard Keynes' „Allgemeine Theorie“¹ hat unter seinen Fachgenossen wie unter den Wirtschaftspolitikern stärkstes Aufsehen erregt; seine theoretischen Urteile und die daran geknüpften wirtschaftspolitischen Folgerungen begegnen erregtem Widerspruch; und vielfach werden das Werk und sein Verfasser von den zünftigen Kritikern mit jener überlegenen Geste abgefertigt, die so oft den Mangel an Überlegung verdecken hilft. Nach dem ersten Schrecken beeilt man sich hier und da bereits wieder, zu versichern, Keynes' Fanfare sei nur blinder Alarm, die alte traditionelle Lehre stehe fester als die Mauern von Jericho und lasse sich nicht wie diese umblasen. Man warnt vor Keynes als vor einem falschen Propheten, der nichts weiter tue, als daß er die Analyse einer einmaligen und zufälligen historischen Situation zum ökonomischen Entwicklungsgesetz verallgemeinere. Man wirft ihm schwere wissenschaftliche Verfehlungen vor, wie etwa unvollständige Induktion, unsaubere Begriffsbildung und Begriffsvermischungen, falsche Deutung bisheriger Lehrmeinungen, die er – sie unerlaubt vermengend – in Bausch und Bogen als „klassische Theorie“ abfertige, weiter eine Wandlungsfähigkeit im theoretischen Denken, die ein sprechender Beweis gegen die Gradlinigkeit und gegen die Solidität seiner wissenschaftlichen Arbeit sei. Darüber hinaus aber erhebt man einen doppelten moralischen Vorwurf: Ein Mann von seiner Bedeutung diskreditiere durch ein Werk, das mit solchen Mängeln behaftet sei, die ökonomische Wissenschaft und leiste dadurch zugleich dem Halbwissen und dem wirtschaftspolitischen Dilettantismus Vorschub. Keynes und seine Lehre werden so gewissermaßen ideell und materiell zu einem Element der Zersetzung gestempelt.

Man darf Keynes wohl zu diesem Erfolg gratulieren. Jeder vorwärtsdringende Forscher muß, wie der unermüdliche und listenreiche Odysseus, sein Schiff zwischen Charybdis und Szylla hindurchsteuern und kann es als ein Glück betrachten, wenn ihn nicht die Charybdis verschlingt, d. h. wenn die wissenschaftliche Leistung nicht totgeschwiegen wird, sondern die Szylla der Fachkritik ihre Fänge einschlägt und sein Werk nach Strich und Faden verreißt.

Ich will in folgendem versuchen, den Kern von Keynes' Lehre herauszuschälen und den Streit der wissenschaftlichen Meinungen darzulegen. Die theoretische Erörterung wird, so hoffe ich, Keynes' wirtschaftspolitische Haltung verständlich machen, zumindest aber dartun, daß der Tadel, Keynes

¹ J. M. Keynes: *The General Theory of Employment, Interest and Money*. London 1936., ins Deutsche übersetzt von Fritz Wäger „Allgemeine Theorie der Beschäftigung des Zinses und des Geldes“, München und Leipzig 1936.

verallgemeinere unzulässig eine einmalige historische Situation, ein Wurf mit dem Bumerang ist, ein Wurf, der, scheint mir, vielleicht den Angegriffenen haarscharf streift, den Werfenden selbst aber beim Rückflug zu fällen droht.

I. Die „Widersprüche“ zwischen der *Allgemeinen Theorie* und der *Abhandlung Vom Gelde*

Der billigste Vorwurf, der gegen Keynes aus dem Kreis der Fachgenossen erhoben wird, ist der, daß er in seinem neuen Werk sein erst fünf Jahre vorher erschienenenes, der Öffentlichkeit auch mit großen Ansprüchen vorgelegtes Werk *Vom Gelde* widerrufe. Was soll man, so wird gefragt, von einem Verfasser halten, der seine wissenschaftliche Anschauung wechselt wie mondäne Frauen Frisur und Haarfarbe und dabei, wie sie, mit größtem Ernst und Leidenschaft versichert, daß die neue Tracht die einzig mögliche sei. Die Kritiker werden hier, verleitet allerdings durch eine spielerische Unbekümmertheit des kritisierten Autors, nicht gewahr, daß die *Grundanschauung* in beiden Werken dieselbe ist und daß die *Allgemeine Theorie* nur die vollentwickelte, reife Form ist, die sich zu der *Abhandlung Vom Gelde* verhält wie der Schmetterling zur Raupe. Wenn Keynes seine frühere Darstellung kurzerhand, fast unwirsch und mit einer Geste des Bedauerns kassiert, so verurteilt er nur die Form, nicht den Inhalt der früheren Arbeit. In dieser hatte er die Begriffe Einkommen und Ersparnis abweichend vom praktischen Sprachgebrauch definiert, indem er als Einkommen nicht das jeweils tatsächlich erzielte Einkommen verstand, sondern das Einkommen, das erzielt werden müßte, damit die Wirtschaft bei der gegebenen Beschäftigung im Gleichgewicht wäre. Diese Definition hat nur für einen Teil des Einkommens, nämlich das Unternehmereinkommen, praktisch Bedeutung. Während die übrigen Einkommen, besonders Löhne und Gehälter, immer in bestimmter Höhe gegeben sind, weil sie laufend gezahlt werden, erfahren die Unternehmer erst durch den Verkauf ihrer Produkte, ob sie das Einkommen, mit dem sie bei der Produktion gerechnet haben, auch tatsächlich erzielen. Man hat also beim Unternehmereinkommen zwischen Solleinkommen und Isteinkommen zu unterscheiden. In der *Abhandlung Vom Gelde* legt Keynes den Sollbegriff zugrunde; er verwendet Einkommen und Kosten als synonyme Begriffe, indem er zu den Kosten das „reguläre“ Unternehmereinkommen rechnet. „Reguläres“ Einkommen ist – nach seiner Definition – jenes Einkommen, das, kurz gesagt, die Produktion rechtfertigt, so daß die Unternehmer sich veranlaßt sehen, die Produktion weder auszudehnen noch sie einzuschränken. Gewinne, welche die Unternehmer über dieses reguläre Einkommen hinaus erzielen, bezeichnet er als Zufallsgewinne und spricht, wenn das Erträgnis geringer ist als das Solleinkommen, von Zufallsverlusten. Indem er Kosten und Einkommen gleichsetzt, läßt er den Verschleiß als Kostenfaktor außer auch, rechnet aber auch den Ersatz des Verschleißes nicht als Erzeugung. In seiner volkswirtschaftlichen Bilanz sind Amortisation und Ersatzproduktion gewissermaßen vor der Linie abgesetzt. Der Sollbegriff des Einkommens entspricht im übrigen genau der klassischen Vorstellung vom Einkommen. Denn wenn der klassische Nationalökonom an dem beliebten Modell der naturalen Tauschwirtschaft demonstriert, daß Angebot und

Nachfrage Wechselbegriffe seien oder daß jede Erzeugung grundsätzlich Nachfrage in gleichem Wert schaffe (das klassische Theorem der Äquivalenz von Angebot und Nachfrage), so bedeutet dies, ins Geldwirtschaftliche übersetzt, nichts anderes, als daß das Gesamteinkommen gleich den Gesamtkosten der Nettoerzeugung sei; der Sollbegriff des Einkommens gehört mithin zu den Prämissen der klassischen Theorie.

In seiner Abhandlung *Vom Gelde* suchte Keynes nach den Gründen, die in der realen Wirtschaft eine Divergenz von Soll- und Isteinkommen bewirken. Eine Untersuchung von höchster praktischer Bedeutung, weil mit der Erklärung dieser Divergenz das wichtigste praktische Wirtschaftsrätsel, die Konjunktur, gedeutet wäre. Keynes zeigt schon in jenem Werke, daß das Verhältnis von Investition zur Gesamtproduktion eine fundamentale Bedeutung habe. Er kleidet das theoretische Urteil in die Form: „Nur wenn die Investition gleich der Ersparnis ist, befindet sich die Wirtschaft im indifferenten Gleichgewicht. Ist die Investition größer als die Ersparnis, so steigen die Preise, und die Produktion wird, wenn sie elastisch ist, angeregt und ausgedehnt; umgekehrt sinken die Preise und die Produktion wird eingeschränkt, wenn die Investition geringer ist als die Ersparnis.“ Hierbei ist Ersparnis als Sollbegriff zu verstehen, definiert als Überschuß des Soll einkommens über die Verbrauchsausgaben.

An der früheren Darstellung von Keynes ist nicht die Begriffsbildung, sondern höchstens die Begriffsbezeichnung zu beanstanden. Für die von ihm klar und eindeutig umschriebenen Begriffe hätte er die Worte Einkommen und Ersparnis nicht schlechthin verwenden sollen. Um scharf zum Ausdruck zu bringen, daß es sich hierbei nicht um wirkliche, sondern um vorgestellte Größen handelt, könnte man von virtuellem Einkommen und virtueller Ersparnis sprechen im Gegensatz zum wirklich erzielten = aktuellen Einkommen und zur wirklich realisierten = aktuellen Ersparnis. Wer den Wirtschaftsprozess analysiert, mag nach Belieben mit den Sollbegriffen, also den virtuellen Größen, operieren – das hat Keynes in der Abhandlung *Vom Gelde* getan – oder mit den Ist begriffen, wie er es in der *Allgemeinen Theorie* tut. Unerlaubt wäre nur die Vermischung der beiden Kategorien und dieser Sünde macht sich Keynes nirgends schuldig.

II. Der Sündenfall der „klassischen“ Theorie

Die klassische Theorie arbeitet mit dem Modell der geschlossenen naturalen Tauschwirtschaft. Wenn man sich überhaupt in der verwirrenden Mannigfaltigkeit der wirtschaftlichen Vorgänge zurechtfinden will, muß man stark schematisieren, von allen Einzelheiten absehen, das Individuelle auf das Typische zurückführen. Dieses Verfahren der Vereinfachung und Typisierung ist, solange es überhaupt Sozialökonomik gibt, mit Eifer und Erfolg beschrieben worden. Man überschreitet in der Abstraktion aber die Grenzen des Erlaubten, wenn man von Bedingungen absieht, die wesentlich sind, so daß, denkt man sie weg, das Schema zum Schemen wird. So darf man wohl bei der einfachsten Form des Warentausches das Geld gedanklich ausschalten, weil es hier ja auch praktisch entbehrlich wäre. Es ist aber ein Widersinn ohnegleichen, wenn man den ganzen volkswirtschaftlichen Prozeß der Produktion und Verteilung (=Einkommensbildung) sich ohne das Geld vorstellt – wer vermöchte das überhaupt? – und aus diesem völlig imaginären Schema der Zusammenhänge und wirkenden Kräfte in der modernen Wirtschaft ableitet. Dieser Sünde haben sich die „klassischen“ Theoretiker schuldig gemacht und sie ist die Wurzel vieler widersinniger Thesen, die bis jetzt verfochten worden sind. Keynes ist nicht der erste, der das gesehen hat. Die Widersprüche zwischen den Hauptsätzen der klassischen Theorie und der beobachteten Wirklichkeit waren so eklatant, daß nicht alle Theoretiker den Mut aufbrachten, sie zu leugnen:

Weil – so denkt er messerscharf –
nicht sein kann, was nicht sein darf.

Nationalökonomien mit Wirklichkeitssinn vermochten sich auch nicht mit der bequemen Ausflucht zufrieden zu geben, daß nur Reibungswiderstände oder politische Eingriffe in der Abweichung des wirklichen vom idealtypischen Verlauf verschuldeten. Knut Wicksell warf schon 1898 durch seine Analyse des Bankkredits, des Marktzinses und der Preisbildung praktisch die Hauptsätze der klassischen Theorie über den Haufen, ohne sich dessen freilich recht bewußt zu werden; jedenfalls zog er nicht alle theoretischen Konsequenzen. Keynes' Verdienst besteht darin, daß er der klassischen Theorie in aller Form den Prozeß macht und klarstellt, daß ihre Sätze, soweit sie überhaupt einen Sinn haben, nur im Grenzfall gelten, daß aber *keineswegs* die wirkliche Wirtschaft immer und unvermeidlich diesem Grenzfall, nämlich dem *Gleichgewicht bei voller Beschäftigung*, zustrebe. Diese ideale Selbstregulierung behauptet nämlich die klassische Theorie; sie vertraut dabei auf die Wirksamkeit der natürlichen Steuerungsorgane – das sind Warenpreise, Lohn und Zins – und argumentiert etwa folgendermaßen: Die Warenpreise zeigen an, wo der Bedarf am dringlichsten ist und wo die Produktionsfaktoren den höchsten Ertrag erzielen. So werden Arbeit und Kapital immer in die ergiebigsten Produktionszweige gelenkt. Der Arbeitslohn und der Kapitalzins stellen sich dabei jeweils automatisch ein, daß alle verfügbaren Arbeitskräfte und alles verfügbare Kapital restlos und aufs beste genutzt werden. Denn wenn Arbeitswillige arbeitslos sind, so wird der Lohn infolge des Überangebots sinken; dadurch werden neue Verwendungsmöglichkeiten für die bisher feiernden Kräfte

erschlossen. Genau so ist es mit dem Kapitalzins; wird verhältnismäßig viel gespart, so sinkt der Zins, bis alles verfügbare Kapital verwendet wird. Das sind zwei lapidare Sätze, die scheinbar durch nichts zu erschüttern sind. Sieht man aber genau zu, so erweisen sie sich als eitel Blendwerk.

Das klassische Lohnargument wird jedem einzelnen Unternehmer unmittelbar einleuchten, weil er die Volkswirtschaft so ansieht wie seinen Betrieb und sich sagt: „Natürlich könnte ich, wenn meine Arbeiter sich mit einer Verkürzung des Lohnes um 10 Prozent einverstanden erklärten, viel mehr Leute einstellen und viel mehr produzieren und würde dabei gut verdienen. Das ist ganz richtig – wenn die Konkurrenten nicht genau dieselbe Chance haben. Und in diesem Punkt setzt die gesamtwirtschaftliche Betrachtung ein. Es erhebt sich die Frage, auf die der Theoretiker das ganze Gewicht legen müßte, ob denn, wenn insgesamt und allgemein der Lohn heruntergeht, in der geschlossenen Wirtschaft das Kosten-Preis-Verhältnis irgendwie geändert wird oder ob nicht durch eine parallele Verschiebung der Preise die Kostensenkung wieder wettgemacht wird, mit anderen Worten: ob denn die nominelle Lohnsenkung etwas am Reallohn ändert. Keynes zeigt nun unwiderleglich, daß die ideale Selbstregulierung der Wirtschaft, d. h. die Aussteuerung auf Vollbeschäftigung durch den von der klassischen Theorie behaupteten Mechanismus, die Parallelität von Nominal- und Reallohn voraussetzt, daß in Wahrheit aber infolge des Mechanismus der Warenpreisbewegung Nominallöhne und Reallöhne divergieren. Wicksell kam bei seinen Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen Zins und Warenpreisen genau zu dem gleichen Ergebnis. Denn er zeigt, daß jeder Versuch der Unternehmer, durch Lohnsenkungen ein Mißverhältnis von Kosten und Preisen zu überwinden, nur zu einem hoffnungslosen Wettlauf von Löhnen und Preisen nach unten führe. Die praktische Konsequenz dieser Erkenntnis ist, daß im geschlossenen System die Lohnpolitik nur eine sehr geringe Bedeutung hat. Lohnpolitische Eingriffe würden allerhöchstens den Anteil der Lohnempfänger im Verhältnis zu anderen Einkommensempfängern mit festen nominellen Bezügen, wie etwa Renten- oder Zinsempfängern verschieben oder auch Verschiebungen im Anteil der verschiedenen Arbeitergruppen untereinander bewirken, kaum aber das Verhältnis von Unternehmereinkommen zum Lohneinkommen insgesamt verändern und ebensowenig das Beschäftigungs- und Produktionsvolumen nachhaltig beeinflussen.

Da die praktische Wirtschaft allerdings nie völlig geschlossen ist, so werden allgemeine Lohnsenkungen oder allgemeine Lohnerhöhungen freilich doch erheblich materielle Folgen haben. Während in der geschlossenen Wirtschaft nominelle Lohnänderungen regelmäßig durch Veränderung der Warenpreise kompensiert werden, wird dies in der offenen Wirtschaft – bei stabiler Währung – durch die Verbindung mit dem Weltmarkt verhindert. Die Warenpreise können – bei freiem Warenverkehr mit dem Ausland und fester Währung – sich nur wenig bewegen. Auf diese Weise bekommen gewisse Sätze der klassischen Theorie, die fehlerhaft aus einem Modell der geschlossenen Wirtschaft abgeleitet werden und in der geschlossenen Wirtschaft nicht gelten oder gar sinnlos sind, reale Geltung und Sinn in einer offenen, in die Weltwirtschaft eingegliederten

Volkswirtschaft – vorausgesetzt, daß die weltwirtschaftliche Entwicklung nicht genau parallel verläuft, sei es zufällig, sei es infolge gegenseitiger Induktion der weltwirtschaftlich miteinander verbundenen Volkswirtschaften. Die Weltkrise nach 1929 war das tragische Beispiel einer weltweiten Lohn- und Preissenkung; sie ist ein furchtbarer experimenteller Gegenbeweis gegen die von der klassischen Theorie behauptete Wirkung allgemeiner Lohnsenkungen.

Im Gegensatz zum Lohn, der in der geschlossenen Wirtschaft als Steuerungsorgan versagen muß, ist der Zins ein sehr wirksames Steuerorgan; es stellt sich aber keineswegs automatisch ideal ein. Keynes stellte fest, wie vor ihm Wicksell und seine Schüler, daß der Marktzins sich nicht so bildet, wie es nach der klassischen Theorie sein müßte. Sie sieht nämlich den Zins als den Preis an, durch den die Kapitalnachfrage auf den Betrag des Kapitalangebots beschränkt werde. Sie betrachtet also das Kapitalangebot in jedem Augenblick als gegeben und meint, der Zins stelle sich so ein, daß gerade so viel Kapital nachgefragt und verwendet wird. Die Kapitalnachfrage wird natürlicherweise bestimmt durch die Rentabilitätserwartungen der Unternehmer, die Kapital investieren. Sind ihre Erwartungen tief gestimmt, so muß und wird – sagen die klassischen Theoretiker – der Zins so tief sinken, bis es lohnt, so viel Kapital zu investieren, wie gerade angeboten wird; das Angebot wird durch die Ersparnis bestimmt.

Wer so argumentiert, ist das Opfer einer optischen Täuschung, die dem Theoretiker eigentlich nicht passieren dürfte. Er spricht gewissermaßen das Spiegelbild eines Gegenstandes als seinen Daseinsgrund an. Die wirkliche Ersparnis existiert nie unabhängig von der Investition, sondern ist ihr Spiegelbild. Der Zusammenhang tritt ganz klar hervor, wenn man die volkswirtschaftliche Bilanz zieht: Das Sozialprodukt ist die linke Seite, das Sozialeinkommen (=Summe der Anteile am Sozialprodukt) die rechte Seite der Ertragsbilanz. Das, was nach der Deckung des laufenden Bedarfs, sozusagen nach der Ausschüttung, übrigbleibt, finden wir auf der linken Seite der Bilanz als Wert der Investition, auf der rechten als Gesamtersparnis, das ist Summe der Neuersparnisse minus verzehrte frühere Ersparnisse (Vermögensverzehr oder Vermögensverlust). Das Quantum der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung wird unabänderlich und ausschließlich durch die Investition bestimmt, das Sparen bestimmt nur die Beteiligungsquote der einzelnen Wirtschaftssubjekte an der durch die Investition bewirkten volkswirtschaftlichen Kapitalbildung. Investition ist der Produktionsbegriff, Ersparnis ist der Verteilungsbegriff für ein und denselben Sachverhalt.

Wir wollen den Zusammenhang auch noch an einem Schulfall demonstrieren. Angenommen, in einer geschlossenen Wirtschaft habe bisher jenes ideale Gleichgewicht bestanden, das dem klassischen Theoretiker als Norm erscheint. Was geschieht dann, wenn bei im übrigen unveränderten Bedingungen plötzlich alle Lohn- und Gehaltsempfänger weniger ausgeben, also mehr sparen als bisher? Wenn der klassische Mechanismus wirklich funktionierte, müßte jetzt der Zins heruntergehen, damit die Investitionslust der Unternehmer angeregt und genau so viel investiert würde, wie mehr „gespart“ wird.

Leider ist daran gar nicht zu denken. Vielmehr wird jetzt ein Überangebot von Verbrauchsgütern am Markt sein und die Preise drücken; die Produzenten erleiden Verluste und schränken, um nicht völlig illiquide zu werden, schleunigst alle nicht unbedingt nötigen Ausgaben ein; Neuinvestitionen unterlassen sie völlig, Ersatzinvestitionen schieben sie tunlichst auf. Ergebnis: Die Bestellungen bei den Erzeugern von Investitionsgütern gehen stark zurück; sie müssen Arbeiter entlassen, die Betriebe teilweise stilllegen, selbstverständlich im eigenen Bereich alle Neuinvestitionen einstellen und die Ersatzinvestitionen ebenfalls auf das äußerste beschränken. Der Rückgang des Einkommens in der Investitionsindustrie verursacht neuen Nachfrageausfall bei der Verbrauchsgüterindustrie und zwingt sie zu Produktionseinschränkungen. Eine fatale Spirale. Der Versuch mehr zu sparen, endet mit einem scharfen Rückgang der Erzeugung und der Beschäftigung und entsprechender Einkommensminderung. Noch viel stärker schrumpft die wirkliche Gesamtersparnis zusammen.

Wie ist dieser erstaunliche Widerspruch zwischen dem ideal-typischen Verlauf, wie ihn die Theorie darstellt, und dem tatsächlichen Verlauf zu erklären? Wiederum dadurch, daß die Bewegung der Warenpreise alles über den Haufen wirft. Der Theoretiker übersieht, daß der Produktionsüberschuß, der nach seiner wirklichkeitsfremden Konstruktion da sein soll, wenn die Leute weniger konsumieren, in Wahrheit zusammen mit den anderen Waren auf den Markt geworfen und durch den einsetzenden Preisfall völlig verzehrt wird. Das Sparen bewirkt unter den angenommenen Bedingungen nur einen Rückgang der nominellen, an den Markt kommenden Nachfrage, während real insgesamt genau so viel verzehrt wird wie vorher, weil die Preise entsprechend sinken. Aber selbst wenn die Sache zunächst glimpflicher verlief, nämlich wenn die Unternehmer im Augenblick, wo die Nachfrage am Markt sich verringert, auch das Angebot entsprechend zurückhielten und die Ware auf Lager nähmen, würde am Ende nichts geändert. Sie müßten nämlich in ganz kurzer Zeit die Produktion einschränken, weil sie sich sonst ständig mehr verschulden müßten. Unter den Bedingungen dieses Schulfalles sinkt im übrigen der Zins nicht, sondern er steigt, weil sich die Liquidität der Bankkredite verschlechtert: Kontokorrentkredite frieren ein, und diese eingefrorenen Kredite sind der Gegenposten zu den ersparten Mitteln der neuen Sparer – offensichtlich eine höchst fragwürdige Anlage dieser Ersparnisse. An Stelle der klassischen Spartheorie des Zinses setzt Keynes die Liquiditätstheorie, die er etwa folgendermaßen formuliert:

Der Zins ist nicht der Preis, durch den die Kapitalnachfrage an die Ersparnis angeglichen wird; er ist vielmehr die Entschädigung für den Verzicht auf Liquidität, und er stellt sich so ein, daß der Geldbedarf auf die verfügbare Geldmenge beschränkt wird. Der Zins ist ein rein monetäres oder finanztechnisches Phänomen. – Hierbei ist noch einmal zu betonen, daß die Liquiditätstheorie des Zinses keine neue Entdeckung von Keynes ist. Ganz ausführlich und in aller Form hat sie in Deutschland A. Hahn, der auf Wicksells und Schumpeters Arbeiten fußt, schon in seiner 1920 erschienenen *Volkswirtschaftlichen Theorie des Bankkredits* entwickelt, wo er den Zins, in fast

wortwörtlicher Übereinstimmung mit Keynes, als den „Preis des Liquiditätsverlustes“ bezeichnet. Keynes´ Verdienst besteht nun darin, daß er alle Konsequenzen zieht und die Ergebnisse der geld- und kredittheoretischen Analyse einbaut in die allgemeine ökonomische Theorie. Den klaffenden Widerspruch, der bisher zwischen der reinen Theorie des Kapitalzinses, des Lohnes und der relativen Warenpreise einerseits und der Geldtheorie andererseits bestand, beseitigt er. Obwohl fast alles, was er sagt, im einzelnen schon von anderen vor ihm festgestellt war, bedeutet doch seine Synthese eine entscheidende Wendung in der Nationalökonomie. Während bisher der eigentliche Gegenstand der ökonomischen Theorie die Verteilung des Sozialprodukts war, indem man axiomatisch Vollbeschäftigung und Ausnutzung aller Produktionsfaktoren als Normalzustand annahm und für erwiesen ansah, daß die Wirtschaft naturnotwendig zum Gleichgewicht bei voller Beschäftigung gravitiere, stellt Keynes dies gerade in Frage und untersucht die Faktoren, welche Gesamtbeschäftigung und Gesamtproduktion bestimmen.

III. Keynes´ positive Lehre

Die Ergebnisse der auf dieser neuen Fragestellung beruhenden Analyse lassen sich etwa folgendermaßen darstellen:

Die Höhe der Investition entscheidet über das Gesamtvolumen von Produktion und Beschäftigung. Da immer nur ein Teil des Einkommens von den Einkommensbeziehern verbraucht wird, können niemals die Verbrauchsgüter zu Produktionskosten abgesetzt werden, wenn nicht außer dem Verbrauchseinkommen, das durch die Produktion der Verbrauchsgüter selbst geschaffen wird, noch Verbrauchseinkommen aus anderer Quelle fließt. Die andere Quelle ist normalerweise die Produktion zum Zwecke der Investition. Ein Zahlenbeispiel mag den Sachverhalt veranschaulichen. Stellen wir uns vor, in einem gegebenen Augenblick würden Verbrauchsgüter in bestimmter Menge hergestellt, deren Kosten wir mit der Meßzahl 120 bezeichnen wollen. Von diesen 120 Kosteneinheiten entfallen, sagen wir, 90 auf die bei der Herstellung gezahlten Löhne, wobei wir auch die Löhne einbeziehen, die bei der Herstellung der laufend verbrauchten Vorprodukte gezahlt werden, 15 auf Amortisation, d. h. auf die Kosten des Verschleißes der festen Anlagen, die nicht *pari passu* mit dem Verschleiß für Ersatzbeschaffung aufgewendet werden, sondern zunächst nur verbucht und erst jeweils am Ende der Abschreibungsperiode Ausgabe werden, und 15 mögen den Unternehmergewinn darstellen, der insgesamt entstehen muß, damit die Produktion in diesem Umfange aufrechterhalten wird. Das Gesamtsolleinkommen aus der Produktion beträgt mithin 105. Für den Verbrauch ausgegeben aber wird nur ein geringerer Betrag, sagen wir, nur 90; dann steht vorläufig einem Verbrauchsgut von 120 nur eine Nachfrage von 90 gegenüber. Wenn jetzt aber neben der Verbrauchsgüterproduktion noch Güter zum Zwecke der Investition hergestellt werden, dann wird, wenn diese Produktion eine bestimmte Höhe erreicht, die Gesamtnachfrage nach Verbrauchsgütern dem Kostenwert von 120 gleichkommen. Angenommen, daß bei der Herstellung von Investitionsgütern das Verbrauchseinkommen die

gleiche Quote von den Gesamtkosten ausmacht, wie wir es in der Verbrauchsgüterindustrie unterstellten, nämlich drei Viertel (90 von 120), so gehörte eine Investition im Kostenwert von 40 dazu, um die Nachfrage nach Verbrauchsgütern auf den Betrag zu bringen, der den Kosten entspricht; denn bei einem Kostenwert der Investition von 40 wäre das dabei erzeugte Verbrauchseinkommen 30, und das gesamte Verbrauchseinkommen wäre $90 + 30$. Investition und Verbrauchsgüterproduktion würden jetzt in dem harmonischen Verhältnis zueinander stehen, das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage bei der gegebenen Produktion verbürgt. Wäre die Investition geringer, so würden die Preise der Verbrauchsgüter unter die Produktionskosten sinken, und die Produktion von Verbrauchsgütern würde eingeschränkt werden, bis wieder das harmonische Verhältnis von Investition und Verbrauchsgüterproduktion erreicht ist. Umgekehrt würde bei höherer Investition die Nachfrage nach Verbrauchsgütern größer sein als das Angebot zu Produktionskostenpreisen; die Produktion würde dadurch angeregt und, wenn sie noch elastisch ist, ausgedehnt werden, bis wiederum das harmonische Verhältnis von Investition und Verbrauchsgüterproduktion erreicht ist. Hieraus folgt: Eine Volkswirtschaft strebt nicht ständig zur Vollbeschäftigung, vielmehr entspricht jeder Höhe der Investition eine bestimmte Gleichgewichtslage mit bestimmtem Beschäftigungsgrad. Die Wirtschaft kann also im indifferenten Gleichgewicht auch dann sein, wenn ganz hohe Arbeitslosigkeit besteht, und je niedriger die Investition ist, um so tiefer sinkt auch die Beschäftigung in der Verbrauchsgüterindustrie.² Das Harmonieverhältnis von Investition zur Verbrauchsgüterproduktion ist abhängig von der Art der Einkommensverwendung oder, wie Keynes es sagt, von der Verbrauchsneigung, die selbst sich mit der Höhe des Einkommens ändert. Je höher das Einkommen ist, desto geringer pflegt verhältnismäßig die Verbrauchsneigung zu sein und umgekehrt. Dies führt zu einer tragischen Antinomie in der kapitalistischen Entwicklung. Hochkapitalistische Länder mit technisch glänzend ausgestattetem Produktionsapparat haben eine hohe produktive, einkommenschaffende Kraft. Je mehr aber das Einkommen wächst, um so mehr neigt man dazu, zu sparen, d. h. das Harmonieverhältnis von Investition und Verbrauch verschiebt sich zugunsten der Investition. Damit die Wirtschaft bei Vollbeschäftigung im Gleichgewicht ist, muß sehr viel investiert werden. Je besser aber und vollständiger eine Wirtschaft schon technisch ausgerüstet ist, um so geringer sind die Möglichkeiten für nutzbringende Neuinvestitionen, zumal wenn die Bevölkerung nicht mehr wächst und das Angebot an Arbeitskräften konstant ist. Die Höhe der Investition wird nun in jedem Augenblick durch zwei Faktoren bestimmt, erstens die Ertragsaussichten, die Rentabilität, die der investierende Unternehmer erwartet, zweitens den Preis, der für Leihkapital zu zahlen ist, das ist der Zins. Je geringer die Ertragsaussichten für Neuinvestitionen sind, um so niedriger muß der Zins sein, damit die Investition noch möglich, d. h. für den Investierenden noch rentabel ist. Nun kann man zwar den Zins, eben weil er ein

² Hierzu erstellte Wilhelm Lautenbach nachträglich ein Schaubild (Figur 3 enthalten in *Zins, Kredit und Produktion*. [Hrsg. Wolfgang Stützel] Tübingen 1952.) Schaubild und Bildbeschreibung auf den Seiten 13 und 14 angeführt [Anm. C.G.BRANDSTETTER].

rein monetäres finanztechnisches Phänomen ist in der geschlossenen Wirtschaft innerhalb weiter Grenzen manipulieren. Immerhin gibt es auch eine untere Grenze, die Keynes etwa mit 2-2½ Prozent annimmt, weil der Zins nicht so tief sinken kann, daß die dem Kreditapparat, d. h. den Banken, erwachsenden Unkosten nicht mehr gedeckt werden. Abgesehen davon ist der Zins für langfristiges Leihkapital durch Offen-Markt-Operationen³ zwar weitgehend, aber nicht unbeschränkt und mit sicherem Erfolg beeinflussbar, zumindest nicht in der offenen Volkswirtschaft, mit der wir es ja praktisch zu tun haben. Bei freiem Kapitalverkehr mit dem Ausland würde in dem Augenblick, in dem sich stärkere Zinsspannungen ergeben, Geldkapital nach dem Auslande abwandern. Keynes kommt infolgedessen zu dem Schluß, daß in hochkapitalistischen Ländern es immer mehr problematisch wird, ob die private Unternehmerinitiative ausreicht, jenes Investitionsquantum zu verwirklichen, das notwendig wäre, damit die Wirtschaft bei voller Beschäftigung im Gleichgewicht wäre. Und er hält daher planvolle staatliche Investitionspolitik auf die Dauer für unvermeidlich.

IV. Blinder Alarm?

Keynes, ein Mann, der in der klassischen Wirtschaftstheorie, der Theorie des wirtschaftlichen Liberalismus, groß geworden ist, dem volle Freiheit der Wirtschaft ein leuchtendes Idol war, so unantastbar, wie es noch heute den Hütern der reinen Lehre ist, wird dieser Lehre untreu und bekennt sich zu der Überzeugung, daß Staatseingriffe zur Steigerung der Wirtschaft nützlich und in gewissen Fällen notwendig wären. Es ist kein Wunder, daß seine früheren Freunde, ob dieser Haltung erbittert sind. [...] ⁴ Wenn heute in der ganzen Welt die Investition bereits wieder so hoch getrieben worden ist, daß die Produktion an die Grenzen ihrer Elastizität kommt, so widerlegt das nicht die säkulare Betrachtung, die Keynes anstellt. Er bestreitet ja nicht, daß die Investition gelegentlich wieder forciert werden könne, besonders wenn in einer Jahre dauernden Depression die Ersatzinvestitionen auf ein Mindestmaß beschränkt waren. Noch viel weniger darf man aus seiner Theorie ableiten, daß der staatlichen Investitions- und Verschuldungspolitik überhaupt keine Grenzen gezogen sind.

³ Heute: *Offenmarktpolitik* [Anm. C.G.BRANDSTETTER].

⁴ Der ausgelassene Abschnitt findet sich im Anschluss unter **Nachtrag der Auslassung** wiedergegeben [Anm. CGB].

Zu Nachtrag der Auslassung⁵

Die Entwicklung der vor ihm liegenden Jahrzehnte hinsichtlich der Nachfrage- und insofern der bedingten Produktionssteigerungen konnte sich Lautenbach 1937 nicht gut vorstellen. Nicht zu vergessen ist hierbei, dass Lautenbach einer Zeit mit differentem Wertekonzept entstammt. Carl Föhl (dessen Schrift *Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf* von Lautenbach sehr geschätzt wurde)⁶ spricht 1964 in *Kreislaufanalytische Untersuchung der Vermögensbildung* jenen Kontext wie folgt an:

„Wer bei der Erörterung der Sparfähigkeit davon spricht, daß unsere Großväter mit einem sehr viel bescheideneren Verbrauch ganz gut gelebt hätten, der vergißt, daß heute nun einmal das soziale Prestige in starkem Maße von der Höhe der Konsumausgaben abhängt. Mit Recht wurden die verschiedenen Marken der Personenkraftwagen [...] als die Rangabzeichen unserer Gesellschaft bezeichnet. Der Hang zum „Geltungskonsum“ ist heute eine der stärksten Gegenkräfte des Willens zur eigenen Vermögensbildung. Dabei ist nicht zu vergessen, daß Industrie und Handel sich im Interesse ihrer Umsatzsteigerung durch „high pressure selling“, Werbung und Angebot von Ratenzahlungssystemen nach Kräften bemühen, dem Einkommensempfänger den letzten Groschen so schnell wie möglich wieder aus der Tasche zu ziehen.“

⁵ Abschnitt durch C.G.BRANDSTETTER.

⁶ Erich Schneider: *Carl Föhl zum 65. Geburtstag*. In: *Wirtschaftskreislauf und Wirtschaftswachstum*. (Festschrift) Tübingen 1966. S. 3:

„W. Lautenbach bezeichnet Föhls Buch [*Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf*. München und Leipzig 1937., lt. Schneider Manuskript von Föhl bereits im Dezember 1935 fertiggestellt, Anm. CGB] als „eine der bemerkenswertesten neueren Leistungen auf dem Gebiete der ökonomischen Theorie, deren Gründlichkeit und Scharfsinn man Achtung und Anerkennung nicht versagen kann.“ [Lautenbach-Zitat enthalten in: W. Lautenbach: *Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf*. Weltwirtschaftliches Archiv. Band 49 (1939 I) S. 117 f [Anm. CGB].

Der nun folgende **Nachtrag** der Auslassung [...] aus Lautenbachs Aufsatz ist also im Kontext der Zeit [Anm. CGB] von und vor 1937 zu verstehen.

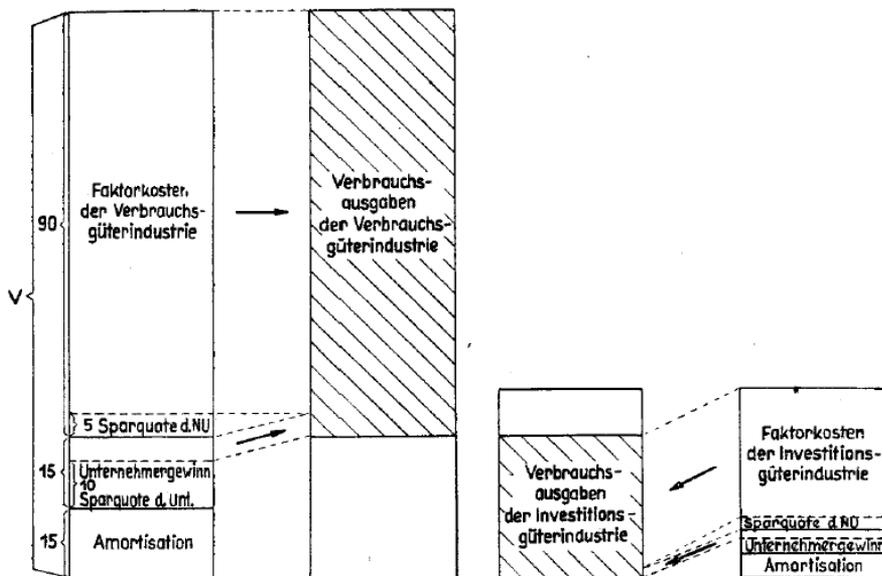
[...]:

Aber auch Nationalökonomien, die seiner theoretischen Analyse Verständnis entgegenbringen oder seine Grundkonzeption vollkommen teilen, halten die wirtschaftspolitischen Folgerungen für übereilt und unbegründet.

Sie sind geneigt, das Urteil zu unterschreiben, daß Keynes eine einmalige geschichtliche Situation wie die Krise nach 1929 ohne Grund als typisch für die moderne hochkapitalistische Wirtschaft darstelle, und ziehen ihn der unzulässigen Verallgemeinerung.

Mir scheint, daß Keynes diesen Vorwurf mit weit größerem Recht zurückgeben kann. Wer die Erfahrung von anderthalb Jahrhunderten als Zeugen gegen Keynes aufruft, übersieht, daß die Dynamik, welche die Entwicklung des 19. Jahrhunderts kennzeichnet, unmöglich ewiges Gesetz sein kann. Der Aufbau und Ausbau der kapitalistischen Wirtschaft im 19. Jahrhundert trägt unverkennbar gewisse einmalige Züge. Niemals kann in einer vollentwickelten Wirtschaft, zumal wenn die Bevölkerung nicht mehr wächst, die Bildung von realem Kapital in dem Tempo weitergehen, das in der Zeit der Industrialisierung gegeben war. Schon eine simple mathematische Überlegung beweist das absolut schlagend. Im 19. Jahrhundert ist die Produktion in geometrischer Progression gewachsen, und ebenso ist geometrisch, jedoch in sehr viel stärkerem Grade, der Kapitalreichtum gewachsen. Selbst wenn man beim Kapital nur mit einer äußerst bescheidenen Wachstumsrate von 3 Prozent rechnete, würden in verhältnismäßig kurzer Zeit phantastische und vollkommen unmögliche Werte herauskommen, so daß es gar nicht anders denkbar ist, als daß im Laufe der Zeit die Vernichtung von vorher gebildetem Kapital immer mehr zur Regel wird und die Rate des reinen Vermögenszuwachses immer mehr drückt. Man beachte vor allem, welchen ungeheuren Wandel der Stillstand der Bevölkerungsbewegung mit sich bringen muß. Der gewaltige Kapitalaufwand, der in der Zeit reißender Bevölkerungsvermehrung dadurch gerechtfertigt wurde, daß Arbeitsplätze und Wohnungen entsprechend dem Zuwachs geschaffen werden mußten, hört auf. Die Investition bleibt immer mehr darauf beschränkt, die technische Ausrüstung erst neu zu schaffen, entfällt. Es würde den gezogenen Rahmen sprengen, dies noch im einzelnen weiter zu verfolgen. Dem nachdenklichen Leser dürften die Andeutungen genügen, um ihn zu veranlassen, den Weg selbständig weiter zu verfolgen.

Schaubild (Figur 3 aus *Zins, Kredit und Produktion*)⁷



In dem Schaubild ist das Verbrauchseinkommen, das bei der Herstellung von Verbrauchsgütern selbst erzeugt wird und als Nachfrage von Verbrauchsgütern an den Markt kommt, in der zweiten Säule schwarz ausgefüllt und schematisch mit etwa drei Vierteln des Kostenwertes der hergestellten Verbrauchsgüter angesetzt worden. Um die Verhältnisse zahlen mäßig zu illustrieren, nehmen wir einmal an, daß der Gesamtkostenwert, wie er in Säule V dargestellt ist, 120 sei, wovon die **Faktorkosten F 90**, die **Amortisation A 15** und ebenso der **Unternehmergewinn 15** ausmachen sollen. Unterstellen wir dann, daß von den Faktorkosten, d. h. dem **Einkommen der beteiligten Produktionsfaktoren, 85 zum Verbrauch** ausgegeben werden und **5 gespart** werden, daß die **Verbrauchsausgaben der Unternehmer 5** betragen (ihre Ersparnisse mithin 10), so hätten wir eine **Gesamtnachfrage von 90** bei einem **Gesamtangebot von 120**. Es fehlt also noch eine Nachfrage von 30. Diese Nachfrage von 30 wäre dann zu erwarten, wenn außer den Verbrauchsgütern noch andere Güter hergestellt würden, die nicht in den (letzten) Verbrauch gehen, also Investitionsgüter und zwar in einem ganz bestimmten Quantum. Bei der Erzeugung der Investitionsgüter entsteht natürlich in der gleichen Weise

⁷ Schaubild und Bildbeschreibung enthalten in *Zins, Kredit und Produktion* (Hrsg. Wolfgang Stützel, 1952), S. 30 ff (Lautenbachs *Wirtschaftstheorie*, 1945-47) [Hervorhebungen in der Bildbeschreibung und Anm. durch C.G.BRANDSTETTER].

Einkommen, wie wenn Verbrauchsgüter hergestellt werden. Freilich ist an sich nicht notwendig, daß sich dabei die Kosten genau in der gleichen Weise aufgliedern wie bei der Herstellung von Verbrauchsgütern, und ebensowenig, daß das bei der Erzeugung von Investitionsgütern erzeugte Verbrauchseinkommen genau die gleiche Quote ausmacht wie bei der Herstellung von Verbrauchsgütern. Auf der anderen Seite liegt aber auch kein Grund vor, mit starken Abweichungen zu rechnen, und da es im Augenblick nur darauf ankommt, den Sachverhalt schematisch darzustellen und das Grundprinzip herauszuarbeiten, so dürfen wir zur Vereinfachung annehmen, daß bei der Herstellung von Investitionsgütern im Grunde genommen die Verhältnisse in jeder Beziehung denen der Verbrauchsgütererzeugung ähnlich seien, daß wenigstens die Verbrauchsquote (q), d. h. das Verhältnis von Verbrauchseinkommen zu Gesamtkostenaufwand, die gleiche sei wie in der Verbrauchsgüterproduktion. Dann aber wäre **eine Investition im Kostenaufwand von 40 notwendig, um jenes Verbrauchseinkommen im Betrage von 30 zu erzeugen, das die Nachfrangelücke schließt**, die Gesamtnachfrage nach Verbrauchsgütern also auf 120 bringt. Im Schaubild ist dies durch das kleine Säulenpaar dargestellt: die rechte kleine Säule (J) entspricht der linken großen Säule (V): Sie zeigt die Menge der hergestellten Investitionsgüter, gemessen und aufgegliedert nach den aufgewendeten ursprünglichen Kosten; das dabei gebildete Verbrauchseinkommen ist in der anderen kleinen Säule schwarz ausgefüllt und füllt, wie zu sehen ist, genau die Lücke von 30 aus, die in der großen Säule daneben noch geblieben ist. **Würde weniger investiert werden**, nehmen wir an 20, dann entstünde hierbei, gleichbleibende Verbrauchsquote vorausgesetzt, ein Verbrauchseinkommen von 15, und die Gesamtnachfrage nach Verbrauchsgütern wäre $90 + 15 = 105$. Unter diesen Umständen würden die Preise der Verbrauchsgüter stark zurückgehen, **und die Produktion würde infolgedessen stark gedrosselt werden**. Umgekehrt würde, wenn beispielsweise Investitionen mit einem Kostenaufwand von 60 vorgenommen würden, das hieraus resultierende Verbrauchseinkommen 45 betragen, die Nachfrage nach Verbrauchsgütern demzufolge $90 + 45 = 135$, d. h. **die Preise würden steigen und die Produktion würde mächtig angeregt und ausgedehnt werden**.